

# Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt

Dr. Katja Pähle, Fraktionsvorsitzende



SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt · Domplatz 6 – 9 · 39104 Magdeburg

Bündnis Nachhaltigkeit Sachsen-Anhalt

c/o Herrn Frank Ernst

per Mail: [kontakt@buensa.de](mailto:kontakt@buensa.de)

Magdeburg, 22. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Ernst,

vielen Dank für die Zusendung der Stellungnahme des Bündnis Nachhaltigkeit Sachsen-Anhalt. Die Forderungen haben wir interessiert zur Kenntnis genommen und konnten feststellen, dass viele Dinge, die Sie fordern, schon im Bund und im Land umgesetzt werden, insb. durch die Fraktionen und Ministerinnen und Minister der SPD. Gerne möchte ich auf einige Punkte eingehen.

Mit dem aktuellen Konjunkturprogramm des Bundes werden verschiedene Zielstellungen verfolgt. Die Nachfrage wird gestärkt, insbesondere bei Familien und Empfängerinnen und Empfängern von normalen Einkommen. Wir unterstützen die von der Krise betroffenen Unternehmen und setzen gezielt Anreize für die nötige ökologische und digitale Transformation. So stützen wir beispielsweise den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Kommunen. Durch die Corona-Pandemie sind die Fahrgeldeinnahmen stark gesunken. Deshalb wird der Bund die Länder im Jahr 2020 bei der Finanzierung des ÖPNV unterstützen. Dies geschieht über eine einmalige Erhöhung der Regionalisierungsmittel im Jahre 2020 um 2,5 Milliarden Euro.

Auch Investitionen in die Energie- und Mobilitätswende wurden durch das aktuelle Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Wir stärken das Automobilcluster auf dem Weg hin zu klimafreundlichen Antrieben und fördern so den Strukturwandel und eine zukunftsfähige und nachhaltige Ausrichtung der Geschäftsmodelle. Beispielhaft möchte ich hier erwähnen, dass der Bund den Umweltbonus verdoppelt. Auch die KfZ-Steuer wird unter den Maßgaben des Klimaschutzes neu ausgerichtet: Ab 2021 müssen Besitzerinnen und Besitzer für ihre klimaschädlichen Autos mehr Geld zahlen – diejenigen sauberer Autos weniger. Außerdem möchte ich erwähnen, dass der Bund auch diejenigen unterstützt, die in ihrer Tätigkeit auf Mobilität angewiesen sind, z. B. Soziale Dienste oder Handwerkerinnen und Handwerker. Hier wird es Unterstützungsangebote geben, um die Fahrzeugflotte auf Elektroantriebe umzurüsten. Das ist gut für die Luft und reduziert die Lärmbelastungen.

SPD-Fraktion  
im Landtag  
von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6 – 9  
39104 Magdeburg

Sekretariat der  
Fraktionsvorsitzenden:  
Uta Tietze  
Tel.: 0391 560-3019  
Fax: 0391 560-3020

E-Mail: [uta.tietze@spd.la.sachsen-anhalt.de](mailto:uta.tietze@spd.la.sachsen-anhalt.de)  
[www.katja-paehle.de](http://www.katja-paehle.de)  
[www.spd-lsa.de](http://www.spd-lsa.de)



mitten■drin

Im Konjunkturpaket des Bundes wurden auch die Bereiche Wasserstoff und erneuerbare Energien bedacht. Konkret sollen bis 2030 5 GW und möglichst bis 2035 10 GW Elektrolysekapazitäten aufgebaut werden. Es soll geprüft werden, ob die Produktion von grünem Wasserstoff über Ausschreibungen gefördert werden kann. Ich bin mir sicher, dass davon auch die Energieregion Stäßfurt profitieren kann. Die Akteure vor Ort arbeiten derzeit an einem Umsetzungskonzept zur Herstellung von grünem Wasserstoff. Im Bereich der erneuerbaren Energien schaffen wir den Deckel für den Ausbau der Photovoltaik ab und erhöhen das Ausbauziel der Offshore-Windenergie. Um höhere Stromkosten zu vermeiden, werden wir einen Zuschuss zur EEG-Umlage in Höhe von 11 Milliarden Euro leisten.

Nicht unerwähnt soll auch die Verstärkung der energetischen Gebäudesanierung in den Kommunen bleiben. So wird das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm für 2020 und 2021 um eine Milliarde Euro aufgestockt.

Man kann also festhalten, dass die Ziele Klimaschutz und Nachhaltigkeit bei der Erstellung des Konjunkturprogramms handlungsleitend waren. Viele dieser beschriebenen Maßnahmen wurden von der SPD in das Konjunkturprogramm hineinverhandelt.

Ich möchte gerne noch auf einige positive Punkte eingehen, die wir als SPD-Fraktion mit der Kenia-Koalition hier in Sachsen-Anhalt realisieren konnten.

Sie haben richtigerweise festgestellt, dass in Sachsen-Anhalt die ländlichen Räume dominieren. Im Koalitionsvertrag haben wir festgehalten, dass es das Ziel unserer Politik ist, eine möglichst hohe regionale Wertschöpfung im ländlichen Raum zu gewährleisten und ihn so weiterhin als attraktives Lebensumfeld für alle Generationen zu erhalten. Ein Mosaikstein ist dabei die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Mit der Agrarmarketinggesellschaft haben wir in diesem Themengebiet einen kompetenten Ansprechpartner. Aktivitäten der Direktvermarkter werden durch einen Internetauftritt, Tage des offenen Hofes, Broschüren, Erntedankfeste und Berichterstattungen in den Medien unterstützt. Wichtig ist, dass dieses Engagement weiter ausgebaut wird. Daher setzten wir uns als SPD-Fraktion auch in den vergangenen Haushaltsverhandlungen für eine auskömmliche Finanzierung der Agrarmarketinggesellschaft ein.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns auch darauf geeinigt, den Ökolandbau weiterzuentwickeln um einen Flächenanteil von 20 % zu erzielen. Im Jahr 2017 und 2018 konnten Flächenzuwächse um ca. 31.000 Hektar gezählt werden. Das entspricht ca. 7,8 % der landwirtschaftlichen Fläche. Auch im Doppelhaushalt 2020 und 2021 haben wir das Thema bedacht und investieren jährlich rund 30 Millionen Euro in die Förderung des Ökolandbaus.

Als SPD wissen wir, dass die Bewahrung der biologischen Vielfalt und der natürlichen Lebensgrundlagen eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserem Land ist. So haben wir uns nicht nur für den Schutz der Honigbiene stark gemacht, sondern auch für den Storchhof Loburg und das Heineanum in Halberstadt. Auch in der Sicherung und Ausweisung von Naturschutzgebieten waren wir in den letzten Jahren nicht untätig. Ein herausragendes Ergebnis war beispielsweise die Ausweisung des „Grünen Bandes“ als Nationales Naturmonument.

Richtigerweise verweisen Sie darauf, dass Sachsen-Anhalt das Land der erneuerbaren Energien ist. 2018 lag der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Sachsen-Anhalt bei 51,23 Prozent. Das ist spitze. Wir dürfen uns darauf allerdings nicht ausruhen. Sie kennen die Herausforderungen im Bereich Windenergieanlagen. Die dringlichste Frage, die wir derzeit klären müssen lautet: „Wie erhöhen wir die Akzeptanz vor Ort?“ Aus unserer Sicht muss ein Teil der Wertschöpfung den Menschen vor Ort zu Gute kommen.



Ganz aktuell novellieren wir die Landesbauordnung im Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr. Hier werden wir Akzente im Bereich Verkehrswende und im Bereich des Klimaschutzes setzen. So sollen zukünftig Ablösesummen für nicht errichtete Stellplätze auch der Errichtung von Fahrradabstellanlagen dienen. Aus unserer Sicht ein guter Ansatz zur Gleichbehandlung der verschiedenen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Ebenfalls in den Blick genommen wurde die Ladeinfrastruktur, die nun auch mit den Mitteln aus Ablösezahlungen modernisiert und erweitert werden kann. Generell soll die Errichtung von Ladeinfrastruktur zukünftig verfahrensfrei erfolgen. Ein weiterer Punkt den dieser Gesetzesentwurf aufgreift, ist der Klimaschutz. So rückt beim Bauen das Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz immer mehr in den Fokus. Ein guter Baustoff, der sich als nachhaltige Alternative herausstellt, ist Holz. Hier könnte durch eine Erhöhung des Anteils der Holzbauweise eine große Menge CO<sub>2</sub> eingespart werden. Daher haben wir in unserem Gesetzesentwurf Holz als Baustoff gestärkt und werden die Verwendung erleichtern.

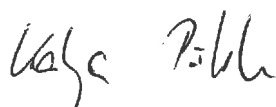
Die Demokratiebildung an Schulen und in Projekten ist uns ein besonderes Herzensanliegen. Infolge des Anschlags von Halle konnten wir in den Haushaltsverhandlungen der Koalition entsprechende Mittelaufwüchse durchsetzen, halten diese aber noch nicht für ausreichend. Als Fraktion suchen wir zudem in den letzten Jahren mit unseren Bürgergesprächen verstärkt den ländlichen Raum und damit die Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in die Willensbildungsprozesse der Fraktion. Im Rahmen der Novelle des Schulgesetzes wurde zudem der Auftrag der Schule dahingehend ergänzt, „die Schülerinnen und Schüler zu verantwortlichem und ökologisch nachhaltigem Handeln in einer von zunehmender gegenseitiger Abhängigkeit und globalen Problemen geprägten Welt für die Bewahrung von Natur, Leben und Gesundheit zu befähigen.“

Ihre Forderung nach fairen Beschaffungen und deren Regelungen via Vergabegesetz unterstützen wir ebenso wie die Forderung nach fairen Löhnen. Bereits jetzt sieht das geltende Vergabegesetz des Landes die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards sowie die Verhinderung von Lohndumping vor. Wir sehen aber Bedarf für eine Überarbeitung, die aus dem Vergabegesetz ein echtes Tariftreuegesetz mit einem landeseigenen Mindestlohn macht. Leider kann unser Koalitionspartner CDU derzeit noch nicht von einem entsprechend ambitionierten Vergabegesetz überzeugt werden.

Auch neben der Vergabe öffentlicher Aufträge darf für ausbeuterische Arbeitsbedingungen kein Platz sein. Die Einhaltung des Mindestlohns darf nur eine Grundvoraussetzung sein. Besser ist eine faire, tarifgebundene Bezahlung. Aus diesem Grund haben wir intensiv die Kolleginnen und Kollegen bei AMEOS in ihrem Streik unterstützt. Gerade im Zusammenhang mit der Corona-Krise hat die Bezahlung der sog. „systemrelevanten Berufe“ zu Recht eine neue Aufmerksamkeit bekommen. Dies muss sich jetzt auch in einer besseren Bezahlung niederschlagen.

Ich danke Ihnen für die Zusendung der Stellungnahme und kann Ihnen versprechen, dass wir auch weiterhin die Aspekte des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit aber auch sozialer Gerechtigkeit bei unseren politischen Entscheidungen berücksichtigen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Katja Pähle

